

WORB

Mit 2,5 am «absoluten Limit»

Obschon der Steuerfuss aus finanztechnischer Sicht zu tief sei, sei es verantwortbar, vorderhand bei 2,5 zu bleiben, sagt der Gemeinderat und verweist aufs Eigenkapital, ausserordentliche Erträge und die noch unklaren Folgen der Steuergesetzrevision.

bas. Erstmals darf oder muss Worbs Parlament die Finanzplanung der Gemeinde für die kommenden sechs Jahre heuer mehr als nur zur Kenntnis nehmen: An der Sitzung vom nächsten Montag im - auch dies ein Novum - Bärensaal wird sie dem Gremium zur Genehmigung unterbreitet. Der Gemeinderat hat der Planung 2001/2006 eine Steueranlage von 2,5 Einheiten zugrunde gelegt. «Damit sind wir ans absolute Limit gegangen. Eigentlich bräuchten wir 2,6 Einheiten. 2,4 Einheiten würden ins Fiasko führen», sagte Gemeindepräsident Peter Bernasconi gestern an einer Medienorientierung. Mit 2,5 Einheiten sei in Worb während der ganzen Planungsdauer ein «strukturelles Defizit» vorhanden, führte Fritz Jenzer, Leiter der Finanzabteilung, aus. Konkret heisst dies: Die ordentlichen Aufwendungen übersteigen die ordentlichen Erträge, Worb wird sozusagen über seine Verhältnisse leben. Zu verantworten ist dies nach Ansicht des Gemeinderats unter anderem, weil in den kommenden Jahren auch ausserordentliche Erträge eingehen werden. Dazu gehören hauptsächlich Mehrwertabschöpfungen in der Höhe von total rund 3,5 Millionen Franken in den Baugebieten Lindhalde Süd, Kirchweg und Längimoos und der Erlös aus dem Verkauf des «Familiensilbers», des Sperlisackers. Er dürfte gegen 5 Millionen Franken einbringen. Veräussern will Worb ausserdem das alte Wehrdienstmagazin und die Liegenschaft an der Luzernstrasse in Richigen. Diese Erträge würden die Rechnungsergebnisse der nächsten Jahre bedeutend verbessern, so Bernasconi. Für nächstes Jahr ist ein Defizit von rund einer halben Million Franken budgetiert (siehe Kasten), in ähnlichem Rahmen dürfte es sich übernächstes Jahr bewegen. In den Jahren 2003 und 2004 sind laut Fritz Jenzer «leicht positive» Abschlüsse zu erwarten. Das Eigenkapital werde leicht abnehmen, die Verschuldung dürfte sich knapp unter 30 Millionen Franken bewegen. Nettoinvestitionen sind insgesamt 14 Millionen Franken oder durchschnittlich 2,3 Millionen Franken pro Jahr vorgesehen.

«Grosse Unsicherheiten»

Gemeindepräsident Bernasconi geht davon aus, dass die Revision der kantonalen Steuergesetzgebung Worb ab 2001 Mindereinnahmen im Umfang von rund einem Steuerzehntel beschieren wird; per Anfang Jahr erst senkte die Gemeinde ihren Steuerfuss von 2,6 auf 2,5. Noch sei es aber sehr unsicher, wie sich die Revision tatsächlich auswirken werde, so Bernasconi. Dies führt er als weiteren Grund dafür an, dass der Gemeinderat derzeit «aus politischen Überlegungen» nicht am Steuerfuss 2,5 rütteln will. «Wir stützen uns auf die Angaben, die uns der Kanton liefert. Die neue Gesetzgebung könnte für unseren Finanzhaushalt noch viel negativere Folgen haben, vielleicht kommts aber auch besser als prognostiziert.» Sobald sich dies klarer abzeichne, werde es angebracht sein, nochmals Bilanz zu ziehen und sich Gedanken über die Steueranlage zu machen.

Budget 2001

bas. Worbs Budget 2001 rechnet bei einem Ertrag von 46,881 Millionen Franken mit einem Defizit von rund 464'000 Franken. Allerdings: Ohne ausserordentliche Erträge von rund 1,4 Millionen Franken beliefte sich das Defizit auf ungefähr 1,9 Millionen Franken. Dieser Betrag entspricht in etwa anderthalb Steuerzehnteln. Finanzvorsteher Jakob Kirchmeier wand den Verwaltungsabteilungen ein Kränzchen: Ihre Eingaben seien sehr seriös begründet, Abstriche könnten an die Substanz gehen. Das Parlament wird im Oktober übers Budget befinden. Bei gleich bleibender Steueranlage liegt dessen Genehmigung neu in seiner Kompetenz, gegen den Beschluss kann das Referendum ergriffen werden. Als Wahlkampf-Thema eignet es sich allerdings schlecht: Die Abstimmung fände erst nächstes Jahr statt.

WORB

Landverkauf soll richten

Worb präsentiert eine recht ausgeglichene Finanzplanung - auch dank des Verkaufs von Finanzvermögen.

«Worb lebt über seine Verhältnisse und finanziert sich mit dem Verkauf des Familiensilbers.» Das sagte SP-Gemeindepräsident Peter Bernasconi anlässlich der Präsentation der Finanzplanung 2001-2006. Der Planung liegt die heutige Steueranlage von 2,5 Einheiten zu Grunde. «Eigentlich müsste man die Steueranlage wieder auf 2,6 Einheiten erhöhen», meint Bernasconi. «Aber das ist politisch nicht machbar.» Ebenfalls nicht machbar sei eine Steuerreduktion: «Eine Anlage von 2,4 Einheiten würde zu einem finanziellen Desaster führen», ist Bernasconi überzeugt.

Zu wenig Einnahmen

Der Hintergrund: Der Worber Gemeindekasse werden auf Grund der kantonalen Steuergesetzrevision Steuereinnahmen entgehen; die Gemeinde besitzt ein strukturelles Defizit, das heisst: Die ordentlichen Aufwendungen können nicht mit den ordentlichen Erträgen wettgemacht werden. Und: Die Mehraufwendungen für den Finanz- und Lastenausgleich sind höher als erwartet. Fürs 2001 rechnet der Gemeinderat mit einem Aufwand von gut 47,3 Millionen Franken, bei einem Ertrag von knapp 46,9 Millionen. Daraus wird ein Fehlbetrag von gut 460 000 Franken resultieren.

Das Defizit würde ohne die Erlöse von rund 1,38 Millionen Franken aus den Landverkäufen wie dem Sperlisacker - eben der Verkauf des Familiensilbers deutlich höher ausfallen. Am 4. September wird der Grosse Gemeinderat über die Finanzplanung befinden.

WORB

Parlament stellt sich hinter Planung mit 2,5 - SVP im Abseits

Finanztechnisch wird schon der Steuerfuss 2,5 als zu tief eingestuft - trotzdem beharrt die SVP auf 2,4. Ihr Antrag auf Rückweisung des Finanzplans blieb indes chancenlos.

bas. Noch nie sei es derart schwierig gewesen, eine Finanzplanung für die kommenden sechs Jahre zu erstellen, sagte Gemeinderat Jakob Kirchmeier (fdp) zu Beginn der gestrigen Debatte im Grossen Gemeinderat (GGR): Das neue Steuergesetz werde die Steuereinnahmen der Gemeinde in noch nicht genau abschätzbarem Ausmass schmälern, die Auswirkungen des neuen Finanz- und Lastenausgleichs seien ungewiss. Unter anderem diese Unsicherheiten hätten den Gemeinderat dazu bewogen, dem Parlament eine Finanzplanung mit Steuerfuss 2,5 vorzulegen - obschon aus finanzpolitischer Sicht 2,6 angebracht wäre (vgl. «Bund» vom Donnerstag). «Mit 2,5 finanzieren wir mit ausserordentlichen Erträgen den Konsum, Worbs Zinsbelastung bleibt überdurchschnittlich hoch», betonte Kirchmeier.

FDP-Sprecher Andreas Born äusserte zwar den Verdacht, in den Erläuterungen zum Finanzplan werde «leicht überdurchschnittlich gejammert». Nach wie vor strebe die FDP eine weitere Steuersenkung an. Damit müsse aber zugewartet werden, bis die Folgen der Gesetzesänderungen bekannt seien. Jürg Bichsel (fww) stellte fest, Worb verscherble in den nächsten Jahren sein «Familiensilber», der Finanzplan sei deshalb «ein bisschen unvernünftig». Die Freien Wähler wollten aber mithelfen, mit 2,5 umzugehen.

«2,5 war Fehlentscheid»

Harschere Töne schlug Hans Ulrich Joss (sp) an: Der Finanzplan 2001-2006 zeige klar, dass die finanzpolitische Wende, welche SVP und FDP letztes Jahr mit der Steuersenkung von 2,6 auf 2,5 Einheiten erzwungen hätten, Schiffbruch erlitten habe. Ohne ausserordentliche Erträge liessen sich die ordentlichen Ausgaben nicht mehr decken, «und den Schuldenabbau können wir vergessen», so Joss. 2,6 sei politisch nicht durchsetzbar, deshalb gelte es, mit dieser Steueranlage zu leben und sich nach der Decke zu strecken. Eine weitere Steuersenkung wäre «schlicht unverantwortlich».

SVP slehts anders

Ganz anders die Optik von SVP-Sprecherin Therese Bernhard: Ohne weitere Korrekturen sei Worb wenig attraktiv für gute Steuerzahler, konstatierte sie. Die SVP werde zwar das Budget 2001 mit Steuerfuss 2,5 nicht bekämpfen, verlange aber für 2002 ein ausgeglichenes Budget mit 2,4. Deshalb beantrage sie die Rückweisung der Finanzplanung. Der Gemeinderat solle doch einfach mal von einer durchschnittlichen Steuerbelastung ausgehen und die Einnahmen auf die Departemente verteilen. Diese müssten sich dann überlegen, wo sie sparen könnten, so Bernhards Vorschlag. Die Haltung der SVP teilte laut Agnes Schneider die CVP, nicht aber die Junge CVP. In der Abstimmung unterstützte auch Benedict Seelhofer (fp) den Antrag der SVP. Das Parlament lehnte ihn jedoch mit 22 zu 10 Stimmen ab und genehmigte den Finanzplan.

WORB

Die SVP will tiefere Steuern

Die Debatte um die Finanzplanung geriet gestern Abend im Worber Parlament zu einer Diskussion um die Höhe der Steuern. Die SVP preschte vor. Sie wollte die Steuern auf 2,4 Einheiten senken.

Urban Caluori

«Worb lebt auf zu grossem Fuss.» Die SVP weise die Finanzplanung 2001/2006 deshalb zurück, erklärte die Fraktionssprecherin Therese Bernhard gestern Abend vor dem Worber Parlament. Bernhard verlangte vom Gemeinderat eine Planung, die eine Steuersenkung auf 2,4 Einheiten beinhalte. «Es geht um die Attraktivität unserer Gemeinde», sagte sie. Mit 2,5 Einheiten könne Worb mit seinen Nachbargemeinden nicht konkurrieren: «Worb ist für gute Steuerzahler zu wenig attraktiv», meinte Bernhard. Es sei klar, dass eine Steuersenkung bei den heutigen Ausgaben nicht realistisch sei. Das zeige der vom Gemeinderat erstellte Finanzplan. Therese Bernhard verlangte vom Gemeinderat aber mehr «Fantasie». Es müssten halt Einsparungen geprüft werden, sagte sie. Wo gespart werden könnte, führte sie allerdings nicht aus. Unterstützung erfuhr die SVP von der CVP: Diese schloss sich ihren Ausführungen an.

Schelte von SP und FDP

Dass die SVP keine Vorschläge unterbreitete, wie Kosten eingespart werden können, machte ihr SP-Sprecher Hans Ulrich, Joss zum Vorwurf. «Sparen ist schon richtig. Das Wo ist aber die wichtige Frage», so Joss. Die Antwort sei die SVP schuldig geblieben. Als Sozialdemokrat fürchte er, dass «diese Übung einmal mehr zu Lasten der sozial Schwächeren, der Umwelt und der Schulen gehen würde». Franziska Fritschy-Gerber von der FDP warf der SVP gar eine «unverantwortliche Politik» vor. Und Gemeindepräsident Peter Bernasconi (SP) warnte: «Der Steuerfuss von 2,5 ist die äusserste Grenze. Mit dem Plan sind wir an die Limite gegangen.» Die Attraktivität der Gemeinde dürfe nicht nur am Steuerfuss gemessen werden.

In der Abstimmung folgten die Mitglieder des Grossen Gemeinderats dem Gemeinderat und lehnten den Rückweisungsantrag der SVP mit einer Zweidrittelmehrheit ab. Im selben Verhältnis genehmigte der Rat den Finanzplan 2001/2006, basierend auf einer Steueranlage von 2,5 Einheiten für das Jahr 2001. Die Budgetdebatte steht aber noch bevor.

WORB

«Working poor» Worb fährt mit 2,5 weiter

Den einen war der Steuerfuss einmal mehr zu hoch, den anderen zu tief. Trotzdem sagte das Parlament gestern ja zum Budget 2001. Quer stellte sich nur die SVP.

bas. Nicht einmal die FDP hatte Kenntnis von der Kehrtwende der SVP: In der Septembersitzung des Gemeindeparlaments hatte diese noch angekündigt, sie werde das Budget 2001 mit einer Steueranlage von 2,5 Einheiten nicht bekämpfen. Gestern Abend aber beantragte sie die Rückweisung des Voranschlags. Wenn schon Steuerfuss 2,5 gelten sollte, dann müsse das Budget ausgeglichen abschliessen, forderte SVP-Sprecher Ulrich Wäfli. In den Unterlagen des Gemeindeparlaments war bei Einnahmen von rund 46,881 Millionen Franken noch ein Defizit von rund 464'000 Franken prognostiziert. Gestern überbrachte Finanzvorsteher Jakob Kirchmeier (fdp) eine Hiobsbotschaft: Worb muss nächstes Jahr laut Ankündigung des Kantons rund 264'600 Franken mehr an die Kosten der subventionierten Spitäler und Krankenhäuser beisteuern. Das Budgetdefizit erhöht sich deshalb auf rund 728'000 Franken. Vor allem im Sozialwesen ordnete die SVP Möglichkeiten, diese roten Zahlen zum Verschwinden zu bringen. Weiter schlug sie vor, das Auslagern von Hausabwartungsaufgaben zu prüfen. Einige der Vorschläge bezeichnete indes selbst Franziska Fritschy (fdp) als «untauglich».

FDP will abwarten

Die Freisinnigen versagten der SVP zwar gestern ihre Unterstützung, streben aber grundsätzlich in die gleiche Richtung. Eine Steuersenkung bleibe auch das Ziel der Freisinnigen, beteuerte Sprecher Andreas Born (fdp). Die Haltung seiner Partei sei indes alles andere als populistisch: Vor allem auch wegen der Unsicherheit, die mit dem revidierten Steuergesetz und dem neuen Finanz- und Lastenausgleich verbunden seien, empfehle die FDP das Budget zur Annahme, so Born. Nicht zu hoch, sondern zu tief ist Worb's Steueranlage nach Ansicht von Hans Ulrich Steiner (gfl): Ein «ehrliches Budget» würde auf einem Steuerfuss von 2,6 Einheiten basieren, sagte er. Toni Maurer (evp) ging noch weiter: Seines Erachtens müssten es gar 2,7 Einheiten sein. Maurer verglich Worb mit einem «working poor», der zwar «chrampfet», seine minimalsten Auslagen aber trotzdem kaum zu decken vermag.

«Diffuse Finanzpolitik»

Die Steuersenkung, welche die SVP anstrebe und sich auch die FP wünsche, sei aus heutiger Sicht «pure Phantasie» und «Unsinn», erklärte SP-Redner Hans Ulrich Joss. Den Rückweisungsantrag der SVP bezeichnete er als «gutes Beispiel für die diffuse Finanzpolitik der SVP». Zwar präsentiere sie tröpfchenweise Sparideen, aber ihr finanzpolitisches Konzept beschränke sich auf «populistische Forderungen».

In der Abstimmung über den Rückweisungsantrag sah sich die SVP dann ganz alleine gelassen:

Mit 22 zu 8 Stimmen lehnte das Parlament das Begehren ab. Dem Budget stimmte es schliesslich mit 23 zu 6 Stimmen zu. Weil der Steuerfuss nicht ändert, kommt das Budget nur vor Volks, wenn das Referendum ergriffen wird.

WORB

SVP-Antrag ohne Chance

Die SVP wollte gestern das Worber Budget zurückweisen – ohne Erfolg. Das Parlament folgte dem Gemeinderat.

Ulrich Wäfler sorgte gestern im Worber Parlament für Aufregung. Im Namen der SVP-Fraktion, «nicht als Mitglied der Finanzkommission», stellte er den Antrag, das gemeinderätliche Budget zurückzuweisen. «Der Gemeinderat soll dazu verpflichtet werden, auf der Basis von 2,5 Steuereinheiten ein ausgeglichenes Budget auszuarbeiten», verlangte Wäfler. Er orte nämlich gerade im sozialen Bereich noch grosses Sparpotenzial. Ein Aufwandüberschuss von 728'000 Franken gehe nicht an.

Das budgetierte Defizit stiess bei keiner Partei auf Begeisterung. Aber auch den Rückweisungsantrag der SVP mochte keine andere Fraktion unterstützen. Mit 22 zu 8 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt, jener des Gemeinderates aber schliesslich mit 23 zu 6 Stimmen angenommen. Der Voranschlag der Exekutive rechnet für das Jahr 2001 mit einem Aufwand von, 47,35 Millionen Franken und einem Ertrag von 46,881 Millionen Franken. pas

WORBER

«Ein Budget mit 2,5 muss ausgeglichen sein»

Die Worber SVP wollte das Budget mit 2,5 zurückweisen. Doch das Parlament folgte dem Gemeinderat.

«Wenn das Worber Budget schon mit einer Steueranlage von 2,5 Einheiten rechnet, dann muss es ausgeglichen sein.» Der Worber SVP-Fraktionssprecher Ulrich Wäfler brüskierte das Gemeindeparlament mit einem entsprechenden Rückweisungsantrag. Hatte doch seine Partei im September noch bekräftigt, sie würde den Voranschlag 2001 mit 2,5 Steuereinheiten nicht bekämpfen, tat sie es nun doch. Das Budget des Gemeinderates mit einem Ertrag von 46,881 Millionen Franken und einem Defizit von 728000 Franken sei abzulehnen, so die Forderung der SVP. Wäfler skizzierte seine Sparvorschläge: Die sozialen Dienste und Beschäftigungsprogramme seien zu hoch dotiert. Hauswartsarbeiten müssten ausgegliedert, dagegen weniger Expertisen in Auftrag gegeben werden. Die zentralisierte Verwaltung und der Gemeinderat müssten effizienter, sprich kostengünstiger arbeiten. Beim Personal sei zu sparen. Gemeindepräsident Peter Bernasconi (SP) erklärte, dass der Handlungsspielraum nicht annähernd so gross sei, wie Wäfler behauptete. Hans Ulrich Joss (SP) deklarierte die Finanzpolitik seiner Bürgerlichen Kollegen als «Fantasie», den Rückweisungsantrag als «Unsinn» und «populäre Forderung ohne Konzept und Idee» im Wahljahr. Letztlich sei die heutige Situation der Gemeinde auf das Steuergeschenk der Bürgerlichen im Vorjahr zurückzuführen.

Dass die FDP der SVP nahe steht, «dass müssen wir zugeben», sagte Franziska Fritschi. Eine Steuerreduktion sei auch das Ziel ihrer Fraktion. Der Zeitpunkt sei jedoch ungünstig, weil sich nicht abschätzen lasse, was das revidierte Steuergesetz sowie der Finanz- und Lastenausgleich für Konsequenzen zeitigen werden. Die Freisinnigen versagten der SVP die Unterstützung. Mit 22 zu 8 Stimmen lehnte das Parlament den Rückweisungsantrag ab. Das Budget kam mit 23 zu 6 Stimmen durch.

WORB

Weniger investiert

Die Rechnung 2001 ist wie erwartet defizitär. Investiert hat die Gemeinde viel weniger als vorgesehen.

bas. Bei Ausgaben von rund 48 Millionen Franken schliesst die Rechnung 2001 der Gemeinde Worb mit einem Defizit von rund 657'000 Franken. Budgetiert war ein Ausgabenüberschuss von rund 728'800 Franken. Wie Finanzverwalter Fritz Jenzer gestern an einer Medienorientierung ausführte, liegt der Cashflow Worbs nach wie vor deutlich unter dem kantonalen Mittel. Die Zinsbelastung sei 16mal höher als der kantonale Durchschnitt, so Jenzer. Laut Gemeinderat Jakob Kirchmeier kann das Defizit aus dem Eigenkapital von rund 6 Millionen Franken abgedeckt werden. Die Rechnung 2002 werde dank dem Erlös aus dem Sperlisackerverkauf zwar nicht defizitär, aber auch nicht sonderlich aussagekräftig sein, kündete Kirchmeier an. Erst die Rechnung 2003 werde somit Aufschluss geben darüber, wie sich der neue Finanz- und Lastenausgleich und die Steuergesetzrevision auswirkten.

Statt 2,76 Millionen Franken hat Worb 2001 nur 541'000 Franken investiert. Dies sei vorab auf den Investitionsstopp bei den Schulen zurückzuführen, sagte Gemeindepräsident Peter Bernasconi. Ausgewirkt habe sich aber auch die Verzögerung bei der Realisation der Umfahrung.

Worb

«Quittung für gehabte Freuden»

Im Worber Parlament haben gestern Abend alle der Rechnung zugestimmt. Allerdings aus verschiedenen Gründen.

Die Parteien waren sich an der gestrigen Parlamentssitzung nicht einig, wie die Worber Rechnung zu interpretieren sei. Bei einem Aufwand von rund 48 Millionen Franken schliesst sie mit einem Defizit von 657'000 Franken. Das heisst 70'000 Franken besser als budgetiert. «Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Rechnung deutlich besser abschliesst als erwartet», schrieb der Gemeinderat dazu. Dieser Satz stiess einigen Parlamentariern sauer auf: «Das ist Augenwischerei», sagte René Bauer (SP). Der Rückgang der Schulden sei rein buchhalterisch zu begründen, weil die Gemeinde Investitionen nicht getätigt habe. Nur gerade 1,2 Millionen Franken oder knapp ein Fünftel der vorgesehenen Bruttoinvestitionen wurden getätigt: Die effektive Nettoverschuldung beträgt 26,4 Millionen Franken. Er habe den Rücktritt aus der Finanzkommission eingereicht, schloss Bauer.

Doch trotz diesen Bemerkungen stimme die SP der Rechnung zu. Bauer wurde von Jürg Bichsel (FW) unterstützt: Er sei hin und her gerissen, auch wenn er den Rücktritt aus der Finanzkommission nicht eingereicht habe. Der Satz des Gemeinderates sei irreführend: «Wie Zucker auf verfaultem Brot.»

Anders interpretierten SVP und FDP die «Quittung für gehabte Freuden», wie SP-Mann Bauer die Rechnung bezeichnete: «Es gibt nichts zu jammern», sagte Ulrich Emch (FDP). Es liege eine gute Rechnung vor. «Wir sind auf dem richtigen, wenn auch einem harten Weg.» Und auf diesem Weg müssten noch einige Steuerzehntel ausgeräumt werden.

Auch Bruno Wermuth (SVP) meinte, die Rechnung falle nur auf den ersten Blick schlecht aus. Schliesslich habe sich die Verschuldung um 1,5 Millionen Franken verbessert. «Der Gemeinderat ist zurückhaltend und nicht euphorisch», so Wermuth. Einstimmig wurde die Rechnung schliesslich angenommen.

WORB

«Zucker auf verschimmeltem Brot»

Verdient der Rechnungsabschluss 2001 nun das Prädikat gut, oder ist er alles andere als rosig? Im Parlament gingen die Meinungen auseinander. Weil sich der Gemeinderat oft über ihre Empfehlung hinwegsetze, verlässt René Bauer die Finanzkommission.

bas. Mit «Zucker auf einem verschimmelten Stück Brot» verglich Jürg Bichsel (fww) am Montag Abend im Worber Gemeindeparlament den letzten Satz in den Bemerkungen des Gemeinderats zur Rechnung 2001: Diese schliesse «deutlich besser» ab als erwartet, hält der Rat darin fest. Die Zeilen seien «irreführend», kritisierte Bichsel. Mit dieser Äusserung verharmlose der Gemeinderat die Situation in fahrlässiger Weise, hatte zuvor bereits Rene Bauer (sp) beanstandet. Der Rechnungsabschluss sei weit weniger rosig, als der Gemeinderat dies wahrhaben wolle. Bei Einnahmen von rund 47,4 Millionen Franken wird ein Defizit von rund 657'000 Franken ausgewiesen; budgetiert war ein Aufwandüberschuss von rund 728'000 Franken (siehe «Bund» vom 24. April). Zu berücksichtigen gilt es unter anderem, dass rund eine Million Franken aus dem Verkauf des Sperlisackerlands erst heuer statt wie budgetiert 2001 eingehen wird und eine weitere Million Franken für Steuerrückzahlungen zurückgestellt wurde.

Frage der Perspektive

Diese Umstände vermochten Bauers Skepsis nicht abzuschwächen: Worb habe zwar weiter Schulden abbauen können - aber nur, weil geplante Investitionen nicht ausgeführt worden seien, sagte Bauer. Allein schon die Werterhaltung von Infrastrukturanlagen werde Worb in den nächsten Jahren einiges kosten. Vor diesem Hintergrund sei die beschönigende Äusserung des Gemeinderats, die Gelüste auf eine weitere Steuersenkung wecken könnte, unverständlich. Mit Blick auf die geringe Investitionstätigkeit kam auch Rudolf Wagner (evp) zum Schluss, die - vom Parlament später einstimmig genehmigte - Rechnung sei «nicht rosig».

Ganz anders die Lagebeurteilung von Bruno Wermuth (svp): Die Finanzkennzahlen seien «gar nicht so daneben». Die Sparbemühungen müssten fortgesetzt werden, der eingeschlagene Weg sei hart und steil, führe aber in die richtige Richtung. Auf diesem Weg, so Ueli Emch (fdp), lägen gewiss auch noch ein paar Steuerzehntel. Diese gelte es «anzugehen, aufzulesen und wegzuputzen». Den Rechnungsabschluss stufte Emch als «gut» ein: «Wenns nichts zu stänkern gibt, weshalb tun wirs dann?» fragte er in die Runde. Mit dem geringen Investitionsvolumen bekundete indes auch er Mühe: Die Gemeinde sei immerhin auch Auftrag- und Arbeitgeberrin, und das Gewerbe sollte von ihr profitieren können.

Bauer tritt zurück

Sozialdemokrat Rene Bauer liess das Parlament wissen, er trete aus der Finanzkommission aus. Er begründete diesen Schritt damit, dass sich der Gemeinderat dauernd über die Empfehlungen des Gremiums hinwegsetze. Er sei nicht länger bereit, Zeit und Energie in eine Arbeit zu investieren, die seines Erachtens vom Gemeinderat zu wenig gewürdigt werde, führte er gestern auf Anfrage aus. Als langjähriges Mitglied der Finanzkommission habe er schon früher hin und wieder erlebt, dass der Rat die Auffassung der Kommission nicht geteilt habe. Als diese noch vom Parlament gewählt worden sei, habe sie aber doch noch eine stärkere Stellung gehabt als heute, wo sie als Fachkommission gelte und der Gemeinderat die Mitglieder bestimme; vier Sitze werden aufgrund der Parteizugehörigkeit vergeben, drei belegen nicht parteigebundene Fachpersonen. Spürbar sei weiter, dass die Exekutive seit den letzten Wahlen kleiner und bürgerlich dominiert sei, so Bauer. Ein gewisses Unbehagen über die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Finanzkommission hatte in der Parlamentsdebatte auch Jürg Bichsel (fww) zum Ausdruck gebracht: Er bleibe zwar in der Kommission, sei aber «ein hin- und hergerissenes Mitglied».

Weitere Aspekte

Er habe nicht den Eindruck, dass sich am Verhältnis zwischen Finanzkommission und Gemeinderat seit dem Wandel zur Fachkommission und der Neubesetzung der Exekutive etwas geändert habe, meint hingegen Finanzvorsteher Jakob Kirchmeier (fdp). Differenzen zwischen den Gremien gebe es immer wieder: «Der Gemeinderat kann nicht nur aufgrund finanzpolitischer Überlegungen entscheiden, sondern muss auch politische Aspekte berücksichtigen.» Dies gelte es zu akzeptieren. Jakob Kirchmeier weist darauf hin, dass die Finanzplanung neu dem Gemeindeparlament zur Genehmigung vorgelegt werden müsse und dessen Einfluss dadurch grösser geworden sei. Drei der vier nach Parteizugehörigkeit bestimmten Kommissionsmitglieder gehörten auch dem Parlament an und könnten dort ihre Ansichten vertreten.